

In Wahrheit nur 1000 neue Lehrerstellen

Seniorenunion befasst sich beim ersten „hitzigen“ Stammtisch des neuen Jahres mit alten Thematiken

Untergessenbach. (hk) Zum ersten Stammtisch des SEN-Kreisverbandes Deggendorf im neuen Jahr konnte Vorsitzender Hermann Hilmer im Untergessenbacher Gasthof Eder, neben dem Ehrenvorsitzenden Alois Pinzinger, auch BBV-Kreisobmann Hans Siedersberger und den Deggendorfer Stadtrat und örtlichen Mercedeschef Manfred Eiberweiser begrüßen.

Von der CSU Osterhofen war ihr stellvertretender Vorsitzender Arthur Kolbe gekommen. Vorgenannte waren auch die Hauptwortführer in den Diskussionen, die sich erneut um die alten, ungelösten Themen drehten. So wurde beanstandet, dass die Staatsregierung von der Einstellung von über 4000 neuen Lehrern spreche und dabei unter den Tisch fallenlasse, dass gleichzeitig 3000 Lehrer in Pension gehen. Dazu gab es die erboste Reaktion mit der Bemerkung, dass die Staatsregierung die ganze Wahrheit sagen soll, denn wenn 3000 Lehrer gehen und 4000 kommen, dann habe es in Wahrheit ja nur 1000 Neueinstellungen gegeben. Der Bürger werde immer noch nicht Ernst genommen, ärgerte sich der Diskutant.

Ein anderer ging auf die gescheiterten Sondierungsgespräche ein und führte aus: Wenn schwarz-rot-grün gekommen wäre, dann wäre auch die Zeit der großen Streiks gekommen. Eine Minderheitsregierung lehnte der Diskutant ab, weil dadurch, wie er sich sicher war, in-



Teils hitzig diskutiert wurde beim ersten Stammtisch der Seniorenunion. Am Bild (vorne l.) SEN-Ehrenkreisvorsitzender Alois Pinzinger, (am Fenster) der Deggendorfer Stadtrat und örtliche Mercedeschef Manfred Eiberweiser und (r. sitzend) Kreisschriftführer Franz Klingerbeck und SEN-Kreisvorsitzender Hermann Hilmer. (Foto: Harald Keller)

direkt die AfD mitregieren würde. „Auch wenn in dieser Partei über 50 Prozent ehemalige CDUler drin sind, sind das aber Leute, von denen man früher nie etwas gehört hatte.“ Um eine neue große Koalition auf die Beine zu stellen, müssten zuerst Schulz und Nahles weg, war die Forderung dieses SEN-Mitglieds, das in diesem Zusammenhang die Hoffnung aussprach, dass SPD-Vize Sigmar Gabriel es schaffen möge, für eine neue Groko stabile Verhältnisse herzustellen. Als das Versicherungssystem der Zukunft wurde von dem Mitglied die Bürgerversicherung bezeichnet, die kommen müsse, weil Privatversicherungen

nur die wenigsten bezahlen könnten.

Hinsichtlich Münchener Verhältnisse, was Wohnungsnot und die große Anzahl „Abgestürzter“ anging, sagte der Diskutant: „So etwas dürfte es eigentlich weder in München noch in ganz Bayern wegen der andauernden guten wirtschaftlichen Lage nicht geben. Was wir brauchen, ist der soziale Wohnungsbau.“ Dabei merkte er an, dass die Landeshauptstadt jedoch seit Jahrzehnten von der SPD regiert wird. Solche Problematiken könne eben nur eine große Koalition lösen, aber ohne Schulz und Nahles, so der Alt-CSUler abschließend.

Ein anderer meinte zu allem: „Deutschland hat die meisten Jahre keine Groko gehabt und deswegen sind wir auch nicht untergegangen.“ Nach diesen Äußerungen entwickelte sich eine allgemeine Diskussion über Schulz, Seehofer und darüber, dass in der AfD nicht nur „Nazis“ sind, dass die Partei es jedoch fertiggebracht habe, 1,2 Millionen Menschen zum Wählen zu motivieren, die seit langem nicht mehr zur Wahl gegangen seien.

Allgemein beanstandet wurde durch vorgetragene Beispiele, dass seitens der CSU kein Wahlkampf im Sinne des Wortes stattgefunden habe und die Leute sich wegen der schwachen CSU gesagt hätten, dann können wir auch gleich anders wählen. Einer der Diskutanten, der als Wahlhelfer tätig war, schilderte, dass Leute lachend mit den Worten „jetzt haben wir mal richtig gewählt“ aus der Wahlkabine gekommen seien. Damit sollte ausgedrückt werden, dass nach Protest gewählt worden war. Seehofer wurde in diesem Zusammenhang Unglaubwürdigkeit vorgeworfen.

Um bei den Menschen glaubwürdig rüberzukommen, hätte der die Koalition mit der CDU verlassen müssen, war eine der Meinungen. Keiner glaube der CSU-Spitze mehr, dass sie in Berlin ihr Bestes geben wolle. Unmut wurde auch darüber geäußert, dass für die Flüchtlinge die Milliarden fließen, im eigenen Land aber die Infrastruktur

wegen angeblich fehlender Gelder verrotte. Immer wieder wurde auch von jeweils anderen Mitgliedern die Forderung laut: Die Merkel muss weg. Nur – wer es dann machen soll – wusste keiner. Zum Schluss der oft hitzigen Debatten teilte Kreisschriftführer Franz Klingerbeck mit, dass man im Laufe des Jahres die Firma Weihenstephan zwecks einer Betriebsbesichtigung besuchen wolle.

Die nächste Jahreshauptversammlung, so kündigte Klingerbeck an, werde am 18. April im Schiltorner Gasthof Spitzenberger abgehalten. Damit war der offizielle Teil der Versammlung beendet, die Diskussionen wurden jedoch weitergeführt.